

Liebe Mitbürger und Freunde der BI

Heute gilt unser Dank Herrn Thielitz, der mit seinen „Offenen Brief“ an die Stadträte und den OB von Weißenfels einiges wieder in Bewegung gebracht hat. Es war ja leider bei der immer noch vorherrschenden Hofberichterstattung nicht möglich die Pressemitteilung der Linken durch eine Veröffentlichung der BI ihres manipulativen Charakters zu entlarven. Aber wir denken, dass sich die meisten Bürger darüber im Klaren sind mit welchen Leuten sie es zu tun haben (Brzyk, Freiwald und Co.). Die MZ Lokalredaktion sollte aber bedenken, Jubelpresse ersetzt nicht kritischen Journalismus. Auf Dauer werden Inhalte öd und fad, was sich dann in Abonnentenzahlen widerspiegelt. Die eingegangenen Antworten signalisieren ein Nachdenken bei unseren Stadträten. Wenn aus diesen Nachdenken ein Umdenken wird, haben wir zu mindestens ein 1. Etappenziel erreicht. Eines wird aber immer deutlicher, ohne unser beharrliches Drängen auf Veränderungen und ihren persönlichen Einsatz jeden Montag hier vor dem Rathaus gäbe es dies alles nicht. Wir sollten uns nicht täuschen lassen oder zu früh freuen, eine kleine aber einflussreiche Klientel aus Verwaltung und im Stadtrat verfolgt immer noch andere Ziele. Und zwar die Realisierung des von Wirtschaftsbossen diktierten Wunsches, soviel wie irgend möglich, Kosten für Abwasser und Infrastruktur von sich weg auf die Bürger, auf die Allgemeinheit zu verlagern. Für WSF ist einmalig in Sachsen Anhalt das ungewöhnliche Ausmaß und die brutale Vorgehensweise bei der Kostenumverlagerung auf die Bürger. Sei es bei der Abwasserbehandlung, bei Infrastrukturprojekten oder bei der Tolerierung von extremen Umweltverschandelungen. Leider ist es so, dass Fa. Tönnies, als größten Schlachtkonzern Europas, völlige Narrenfreiheit zugebilligt wird. Beispiele sind die aktuell nur für den Schlachthof notwendige Erweiterung der Kläranlage, die Rampenanbindung der B91 und die Vergärung Zorbau. Alles dies belastet den Haushalt unserer Stadt aufs Äußerste, lässt für Erneuerungen und Verschönerungen in der Kernstadt und den Ortsteilen keinen Spielraum. Sie sind damit ein weiterer Griff in unsere Taschen, zusätzlich zu den HKB's. Wenn nun Bewegung beim Umgang mit den HKB's kommt, so hat dies viel bzw. fast ausschließlich mit Politik und den bevorstehenden Wahlen zu tun. Aber eben nicht nur, es hat sich zwischenzeitlich herumgesprochen, dass es nicht so ist, wie diese Klicke aus Verwaltung mit OB an der Spitze und die von ihm beauftragte Fa. KS Hannover es den Stadträten und den Bürgern weismachen wollte, dass alles gesetzlich ist und wir Bürger es einfach hinzunehmen hätten. Es gibt bereits jetzt, ohne die offene gerichtliche Klärung, einen erheblichen Spielraum für Beitragskalkulationen. Nachdem die Front der Hardliner, bis auf die unbelehrbare marktradikale Fraktionsspitze der Linken bröckelt, treten die Abhängigkeitsverhältnisse von Wirtschaftslobbyisten in Verwaltung und bei einzelnen meinungsführenden Stadträten zu Tage. Anders ist zum Beispiel die Borniertheit und die soziale Kälte des OB nicht erklärbar. Mit allen Mitteln wird der Versuch unternommen, Bürgerbeteiligung, Transparenz im politischen Handeln zu verhindern. Sichtbar wird die Ignoranz und der Druck abweichende Meinungen niederzuhalten bzw. demokratische Prinzipien in Weißenfels auszuschalten. Wir alle sind Zeugen eines nicht für möglich gehaltenen Niederganges unserer Stadt. Wenn man seine Seele auf Gedeih und Verderb der Gewinnmaximierung von Konzernen verschrieben hat, ist es offensichtlich schwer einen Weg zurück zu finden oder auch nur Kompromissfähigkeit zu signalisieren. Am Ende bleibt nur als Erklärung übrig, dass für einige Verantwortliche unserer Stadt der Eigennutz vor dem Gemeinnutz steht. Deshalb bleibt es um so wichtiger, das wir die BI's und die darin organisierten Bürger alle verbleibenden Möglichkeiten nutzen, um unsere noch bis 2014 amtierenden Vertreter an ihre Pflichten gegenüber den Bürgern zu erinnern. Gleichzeitig bedarf es unserer konstruktiven Mitarbeit. Wir werden die Bürgerfragestunden zu AÖR Sitzungen durchsetzen. Es gilt durch gezieltes Fragen und Verlangen nach Antworten von vornherein mögliche Verschleierungen, Behördenwillkür und Machenschaften aller Art

einen Riegel vorzuschieben, sie aufzudecken und Schaden von den Bürgern abzuwenden. Schwerpunkte sind:

- **neuer Runde Tisch der AöR mit den BI's**
- **gemeinsame Suche nach alternativen Beitragskalkulationen, BI's, Parteien, AöR**
- **Gesetzesinitiative BI , Stadträte und Verwaltung zum KAG**
- **Datenermittlung von Beitragsflächen nach Gruppen (Durchsetzung des Vorteilsprinzips)**
- **Kosten- und Terminkontrolle in Begleitung der KA Erweiterung**
- **gerechte Beteiligung der LM Industrie am Gebührenaufkommen (kostenorientierter Starkverschmutzerzuschlag)**
- **Offenlegung von Entgeltverträgen mit Schlachthof, Schaffung von Transparenz**
- **weitere bevorzugende Sonderbehandlungen von LM Industrie aufdecken und verhindern**
- **Verteilung möglicher Fördermittel für Bürger nutzen**
- **Aufklärung von Missständen aus Vergangenheit des ZAW..... und vieles mehr**

Einige Punkte muten bei dem zuvor erwähnten sturen und uneinsichtigen Verhalten unseres OBM viel zu optimistisch an, aber uns bleibt momentan nichts anderes übrig als gezielt Schritt für Schritt diesen langwierigen Weg zu beschreiten. Dabei sind wir auf ihre Unterstützung angewiesen. Sei es bei der körperlichen Präsenz bei wichtigen Sitzungen im Stadtrat und AöR oder auch im Bezug auf Informationen und sachdienlichen Hinweisen aller Art. Nur ein Beispiel, durch einen Langendorfer Bürger kam der Hinweis, dass Fördermittel für beitragsbelastete Vorhaben durchaus unterschiedlich bewertet werden können. Sollte die Erweiterungsinvestition der Kläranlage vom Land gefördert werden, ist es nicht notwendig alle Anschlusspflichtigen über einen Kamm zu scheren. Es ist durchaus denkbar den Beitrag für den privaten Wohnbesitz mit 100% Fördermittel zu entlasten, dafür den Industrieanteil mit 0% und mit ursprünglicher Beitragshöhe d. h. ohne Fördermittel zu belassen. Man muss so was natürlich wissen und im Fall unserer Verwaltung natürlich auch wollen! Für solche Hinweise sind wir dankbar. Unsere Bitte an alle Anwesenden, wer Fragen nicht selbst bei AöR oder Stadtrat stellen will, bitte bei den Montagsdemos abgeben oder sie an unsere Poststelle schicken, BI für soz. ger. Abwasserabgaben, Leninstraße 10, 06667 Weißenfels OT Bora. Wir versprechen diese Fragen, diese Themen für sie als BI Mitglied, auch ohne Namensnennung, weiterzugeben, eventuell mit Inhaltsprüfung und Zusammenfassung. Es lohnt immer sich das Wissen und die Informationen vieler zu Nutzen zu machen, ganz besonders in unserer Situation die wir mit Behinderungen schlimmsten Ausmaßes zu kämpfen haben. Der andere Weg, der Einflussnahme über die Politik ist genauso wichtig. Darum werden und müssen wir hier an dieser Stelle das Wirken von Stadträten und Abgeordneten unter die Lupe nehmen. Sei es im Moment der Herr Stier, der trotz seiner unsäglichen Tätigkeit im ZAW zum Schaden von uns Bürgern am 22. 09. 2013 wieder in den Bundestag einziehen will. Oder die marktradikalen Linken, denen in WSF, wie auch ihren Bundestagsabgeordneten Claus, ihr Parteistatut abhanden gekommen ist. Deshalb die beiden Wege, erstens konstruktive Mitarbeit und Durchsetzung von Demokratie in WSF und zweitens Einflussnahme auf die Parteienlandschaft. Für Beides benötigen wir, die Mitglieder der BI, die Unterstützung weiter Kreise der Weißenfelder Bürgerschaft. Bitte arbeiten sie mit an diesen Zielstellungen, jeder auf seine Weise und kommunizieren sie diese Notwendigkeiten in ihren Verwandten- und Bekanntenkreis und mit ihrer Nachbarschaft.